

Stettiner Zeitung.

Morgen-Ausgabe.

Mittwoch, 18. Februar 1891.

Annahme von Inseraten Schulzenstraße 9 und Kirchplatz 3.

Agenturen in Deutschland: In allen größeren Städten Deutschlands: R. Mosse, Haasenstein & Vogler, G. L. Daube, Invalidendank, Berlin. Bernh. Arndt, Max Gerstmann, Otto Thiele, Elberfeld. W. Thienes, Greifswald. G. Illies, Halle a. S. Jul. Barck & Co. Hamburg. Heiner, Eisler, Joh. Nootbaar, A. Steiner, William Wilkens, Kopenhagen. Ang. J. Wolf & Co.

C. H. Berlin, 17. Februar.

Deutscher Reichstag.

68. Sitzung vom 17. Februar.

Präsident v. Kappeler eröffnet die Sitzung um 1 Uhr.

Am Tische des Bundesrats: v. Berlepsch, v. Bötticher u. A.

Tagesordnung: Fortsetzung der Beratung der Novelle zur Gewerbeordnung.

§ 105d bestimmt, daß für Betriebe, die ihrer Natur nach eine Unterbrechung nicht gestatten, sowie für Saisonbetriebe des Bundesrats Ausnahmen von den Bestimmungen des § 105b zulassen kann. Die vom Bundesrat getroffenen Anordnungen sind durch das Reichsgezeßblatt zu veröffentlichen und dem Reichstag bei seinem nächsten Zusammentritt zur Kenntnisnahme vorzulegen.

Abg. Bebel (Soz.) will die Saisonbetriebe von der Bestimmung des § 105d ausnehmen.

Die Abg. Gutfleisch (freis.) und Schulte (Völk.) beantragen am Schluß des Paragraphen einen Zusatz dahin: „Sie sind außer Kraft zu setzen, wenn der Reichstag dies verlangt“ und das Wort „Kenntnisnahme“ zu streichen.

Abg. Ulrich (Soz.) befürwortet den Antrag Bebel. An der Saisonarbeit, welche die größte Feindschaft des kleinen Gewerbes sei, werde jährlich Jahr aus Jahr ein geschaffen und sei es deshalb nicht zu ersehen, weshalb man für diese Arbeit, welche die Arbeiter außerordentlich drückt und die Industrie herunterbrückt und schließlich auch Ausnahmen von den allgemeinen Bestimmungen zulassen wolle. Man möge dabei nur bedenken, was für eine große Zahl von Gewerbetreibenden unter dem Begriff „Saisonarbeit“ falle. Der Antrag Bebel liege hier nicht allein im Interesse der Arbeiter, sondern auch der Arbeitgeber. Die eingegangenen Petitionen beweisen schon, wozu man kommen, wenn man für die Saisonarbeit Ausnahmen zulasse. Die Forderungen in den Petitionen gehen viel weiter, als der Reichstag sie stellen kann. Man möge also die Forderungen, welche von Witterungsverhältnissen abhängen. Es empfiehlt sich deshalb dringend die Streichung der Saisonbetriebe in diesem Paragraphen.

Abg. Gutfleisch (freis.) erkennt die Verdrängung eines Teiles der vom Vordrucker vorgebrachten Bedenken an, meint indessen, daß diese Bedenken doch nicht zur Annahme des Antrages Bebel führen können. Ausnahmebestimmungen müsse der Bundesrat haben und habe er das Vertrauen, daß der Bundesrat mit der Ausübung dieser Befugnis vorsichtig sein werde. Allen Bedenken aber trete man entgegen, wenn man dem Reichstag die von ihm beantragte Befugnis übertrage, die Bestimmungen des Bundesrats außer Kraft zu setzen. Dieses Verlangen sei kein neues, der Reichstag besitze diese Befugnis bereits auf anderen Gebieten. Er empfehle deshalb die Annahme seines Antrages.

Abg. Dr. Hartmann (kons.) tritt dem Antrag Bebel entgegen; wenn auch manches Wahre in den Schilderungen Ulrichs sein möge, so könne dies doch nicht dahin führen, das Kind mit dem Bade auszuwerfen. Er sei der Ansicht, daß die Saisonindustrie der Berücksichtigung bedürftig sei, er erinnere dabei nur an eine Industrie, an die wahrscheinlich nicht gedacht werde, an die Fabrikation der künstlichen Blumen. Auch der Antrag Gutfleisch sei unannehmbar, weil durch eine spätere Revision der Bestimmungen des Bundesrats dieser in eine rechtliche Lage versetzt und die Sicherheit der Industrie gefährdet werden würde, welche nach den Bestimmungen des Bundesrats ihre Arbeit einrichte.

Abg. Dr. Baumbach (freis.) beantragt im Gegentheil zum Vordrucker die Annahme des Antrages Gutfleisch. Diesen Standpunkt habe der Reichstag stets festgehalten und die hierin begründete konstitutionelle Frage solle man nicht so oberflächlich beurteilen. Es solle nicht die Befugnis des Bundesrats beseitigt werden, der Bundesrat solle nur der verfassungsmäßigen Kontrolle des Reichstags unterworfen werden. Nicht eine nachträgliche Genehmigung der Bestimmungen des Bundesrats werde hier verlangt, der Reichstag solle sich nur das Recht vorbehalten, zu prüfen, ob die Bestimmungen des Bundesrats dem Interesse der Beteiligten entsprechen. Dazu habe der Reichstag ein gutes Recht. Er verlange keine Koncession seitens des Bundesrats, sondern der Reichstag solle hier ein gutes Recht aus der Hand geben und dazu könne er seine Hand nicht bieten.

Staatssekretär v. Bötticher: Ueber die konstitutionelle Frage sei niemand im Zweifel, es frage sich nur, ob das Recht des Reichstages nicht zurückgehen müsse aus Zweckmäßigkeitsgründen, die in diesem Falle anzuschlagen seien. Der Reichstag habe auch bereits in einer ganzen Reihe von Fällen, und zwar in sehr wichtigen, von diesem konstitutionellen Rechte keinen Gebrauch gemacht, und im gegenwärtigen Falle liege absolut dazu keine Veranlassung vor. Eine Aufhebung von Bestimmungen des Bundesrats würde die Industrie schädigen, die unter Aufwendung großer Kosten sich darauf eingerichtet habe. Der Bundesrat werde über die Ausnahmen viel besser als der Reichstag entscheiden können. Die Verantwortung dafür möge man dem Bundesrat überlassen.

Abg. Bebel (Soz.) spricht die Befürchtung aus, daß der Bundesrat bei seinen Entscheidungen viel zu viel Rücksicht auf die Konzeptionsverhältnisse nehmen und für Hunderte von Kategorien von Betrieben Ausnahmen zulassen würde. In den ersten Industriefabriken der Welt, in England, Amerika und der Schweiz bestände längst, was sein Antrag bezwecke, und empfehle er die Annahme desselben, ebenso die Annahme des Antrages Gutfleisch.

Abg. Müller (natl.) erklärt sich aus praktischen Gründen gegen den Antrag Gutfleisch, ebenso gegen den Antrag Bebel.

Abg. Schrader (freis.) würde sehr gern einem Antrag zustimmen, der genau festsetze, welche Ausnahmen gemacht werden sollen. Diesem Wunsch entspreche der Antrag Bebel aber nicht, er gehe zu weit, da man die Verhältnisse aller Gewerbe zur Zeit übersehen könne. Was nun den Antrag Gutfleisch anbelange, so sei er der Ansicht, daß es sich hier um ein konstitutionelles Recht des Reichstages handle, von dem abzulaufen nur sehr schwerwiegende praktische

Gründe veranlassen könnten. Was lägen denn nun aber für zwingende praktische Gründe vor?

Der Bundesrat solle es besser verstehen. Im Reichstage sitzen doch eine Reihe praktischer Männer und Bundesrat und Reichstag zusammen bieten doch eine größere Garantie für eine sachgemäße Entscheidung als der Bundesrat allein.

Deshalb solle man hier die beantragte Bestimmung hineinfügen, die sich in anderen Paragraphen der Gewerbeordnung bereits vorfinden. Er halte es für dringend notwendig, daß der Reichstag in dieser Gesetzgebung nicht seine Macht in der Weise aus den Händen gebe, wie es hier verlangt werde.

Staatssekretär v. Bötticher: Es handle sich hier gar nicht um eine große staatsrechtliche Frage, es werde hier dem Reichstage nur angeboten, ein Recht, welches er bereits, aus praktischen Gründen auf einen anderen Faktor zu übertragen. Es liege also absolut kein Anlaß vor, der Sache eine politische Färbung zu geben, es handle sich lediglich um praktische Gründe, weil der Reichstag im Plenum das nicht leisten könnte, was der Bundesrat leisten solle.

Abg. v. Stumm (Reichsp.): Der Vorschlag des Abg. Gutfleisch enthalte alle möglichen Nachteile und keine Vortheile und es sei doch keine Frage, daß der Bundesrat objektiver und konstanter entscheide, als der Reichstag. Der Antrag Gutfleisch öffne der Willkür oder dem Zufall Thür und Thor. Die dem Reichstage zustehende Kontrolle werde durch den Vorschlag der Kommission vollständig anerkannt. Er möchte nicht, daß das Plenum des Reichstages gewissermaßen als Kommission betrachtet werde, um über Fragen zu entscheiden, welche nur durch eine Kommission von Sachverständigen beurteilt werden könnten.

Abg. Dr. Dretter (Ztr.) erklärt sich namens seiner politischen Freunde gegen beide Anträge Bebel und Gutfleisch.

Abg. Wöllmer (freis.): Es handle sich nach dem Antrag Gutfleisch gar nicht darum, die Ausnahmebestimmungen im Reichstage speziell durchzudenken, sondern es solle dem Reichstage nur eine Art Veto gegeben werden, wenn ein Beschluß des Bundesrats vorliege, der dem Geiste des Gesetzes nicht entspreche. Der Antrag sei staatsrechtlich unangreifbar, Gründe der Zweckmäßigkeit seien nicht durchschlagend, er empfehle die Annahme desselben.

Nachdem Abg. Clemm (natl.) den Antrag Bebel nochmals bekämpft, beantragt

Abg. Ulrich (Soz.), daß, wenn der Saisonbetrieb den Ausnahmebestimmungen unterworfen würde, die Arbeiter von der hier festgesetzten Sonntagsruhe äußerst wenig haben würden. Hier werde es sich zeigen, ob der Reichstag einen wirklichen Arbeiterschutz wolle oder nicht.

Abg. Schrader (freis.) weist den Vorwurf des Abg. v. Stumm zurück, daß der Antrag Gutfleisch der Willkür freien Spielraum gewähre. Der Reichstag werde es sehr ernst überlegen, ehe er einen so schwerwiegenden Beschluß wegen Aufhebung einer Anordnung des Bundesrats fälle.

Abg. v. Stumm wiederholt, daß der Antrag eine nicht zu rechtfertigende Unsicherheit für die Industrie herbeiführe; der Antrag lege auch den Schwerpunkt der Gesetzgebung in den Reichstag allein, während nach der Verfassung die Übereinstimmung beider Körperschaften dazu erforderlich sei.

Die Diskussion wird geschlossen und § 105d unter Ablehnung der Anträge Bebel und Gutfleisch unverändert nach der Kommissionsfassung angenommen.

§ 105e bestimmt, daß für Gewerbe, deren Ausübungen an Sonn- und Festtagen zur Verhinderung täglicher Bedürfnisse der Bevölkerung erforderlich ist, sowie für Betriebe, welche ausschließlich mit durch Wind oder unregelmäßige Wasserkräfte bewegten Triebwerken arbeiten, die höhere Verwaltungsbehörde Ausnahmen zulassen kann.

Die Abg. Gutfleisch und Dr. Hartmann beantragen, zu sagen: „welche ausschließlich oder überwiegend mit durch Wind z.“

Abg. Dr. Dirsch (freis.) bezeichnet diesen Antrag für bedenklich. Es solle hier dem wirklichen Bedürfnisse Rechnung getragen werden, nicht aber etwa einer stillen Angewohnheit und in dieser Beziehung eben gewähre der Antrag einen zu weiten Spielraum.

Abg. Dr. Dretter (Ztr.) stimmt dem Vordrucker darin bei, daß die Arbeitsbefugnis durch die höhere Verwaltungsbehörde nur im Falle des wirklichen Bedürfnisses des menschlichen Lebens gegeben werden solle und knüpft daran die Hoffnung, daß bezüglich des Bäckergewerbes die Bevölkerung am Sonntag sich des Genusses frischer Waaren entsöhnen werde. Die Bestimmung des § 105e sei indessen notwendig, weil z. B. die kleine Mäurer, wenn ihr der Betrieb an Sonntagen verboten würde, wirtschaftlich ruiniert werden würde.

Er halte es für richtig, wenn der Reichstag bei dem Beschlusse der Kommission stehen bleibe und es der praktischen Handhabung und dem Ermessen der höheren Verwaltungsbehörde überlasse, diese Bestimmung nur in Fällen wirklichen Bedürfnisses anzuwenden.

Abg. Bebel meint, daß nach allen bereits beschlossenen Ausnahmebestimmungen für die Sonntagsruhe der Arbeiter sehr wenig übrig bleiben würde. Redner plädiert also dafür, daß auch das Bäckergewerbe den Bestimmungen des Gesetzes über die Sonntagsruhe unterworfen werde.

Abg. Gutfleisch (freis.) hofft ebenfalls, daß man mit der Einführung der Sonntagsruhe weiter gehen werde, als die Vorlage dies bestimme, ist aber der Meinung, daß dies nur ganz allmählich geschehen könne.

Die Abg. Dr. Hartmann (kons.), Graf Arnim (Reichsp.) und Müller (natl.) empfehlen die Annahme des Antrages Gutfleisch, Hartmann, das Haus beschließt demgemäß und genehmigt alsdann mit dieser Änderung den § 105e nach den Kommissionsvorschlägen.

Hierauf verlegt sich das Haus.

Nächste Sitzung: Mittwoch 1 Uhr.

Tagesordnung: Fortsetzung der heutigen Beratung.

Schluß 5 Uhr.

C. H. Berlin, 17. Februar 1891.

Preussischer Landtag.

Abgeordnetenhaus.

35. Sitzung vom 17. Februar.

Präsident v. Köller eröffnet die Sitzung um 11 Uhr.

Am Ministertische: Dr. Miquel, General-Steuerdirektor Burghart und Kommissare.

Die zweite Beratung des Einkommensteuergesetzes wird fortgesetzt und zwar mit der Diskussion über § 17, welcher den Steuerfuß festsetzt und die dazu gefällten Anträge Dr. C. Enneccerus (natl.), Hygen (natl.), Richter (freis.) und Richter-Steffens (freis.), welche sämtlich eine Ermäßigung des Tarifs für die mittleren Einkommen verlangen.

Abg. von Zebbig-Neulirch (freis.) bittet um Verwerfung aller Änderungsanträge und Annahme der Kommissionsvorschläge. Was den Antrag Hygen anbetreffe, so sei die Möglichkeit, daß die von einer Erhöhung betroffenen Höchstbesteuerten ihren Wohnsitz verlegen könnten, zuzugeben, allein eine solche Veränderung des Wohnsitzes könne auch aus anderen Gründen eintreten. Eine Reform der Einkommensteuer lasse sich eben nur in der Weise durchführen, daß die höheren Einkommen stärker herangezogen werden, um die Einkommen der unteren Klassen zu entlasten. Aber eine Verminderung des Ertrages der Einkommensteuer darf nicht eintreten, wenn nicht der zweite Teil, die Uebereinstimmung, in Frage gestellt werden soll. Von einer zu niedrigen Veranschlagung der Einkommen, wie von verschiedenen Seiten gegenüber den Staatsausgaben behauptet worden sei, könne nicht die Rede sein, die Einkommen aus der Eisenbahnverwaltung würden wahrscheinlich hinter der Veranschlagung zurückbleiben. Der Abg. Richter hat gestern bei Redefortsetzung seines Antrages eine merkwürdige Zirkelheit für die Verneinung entwickelt, die in merkwürdiger Gegenüberstellung zum Fundamentallausgriff steht, den Herr Richter im Reichstage durch seinen Antrag wegen Ermäßigung der Einkommensteuer auf die Verneinung gemacht hat. Der zu diesem Paragraphen gestellte Antrag Richter bezweckt nichts anderes, als einen Teil des Ertrages der Steuerreform vorweg zu nehmen, der für die anderweitige Regelung der Verneinung und der Uebereinstimmung notwendig ist. Darum muß schon aus diesem Grunde der Antrag prinzipiell abgelehnt werden. Das Mißverhältnis des Antrages Richter wird namentlich bei den Kommunalsteuern zu Tage treten. Richter ist ein vortrefflicher Redner, verachtet er sich aber einmal, so liegt der Fehler stets in der Richtung, die er verfolgt. So hat Abg. Richter gar nicht beachtet, daß die Grundlage der Kommunalbesteuerung auch durch die Deklaration erweitert wird, sie wird wesentlich zu Ungunsten der höheren Einkommen verschoben. Die Kommission läßt eine Erleichterung der mittleren Einkommen eintreten, und diese Erleichterung wird auch ihren Einfluß auf die Kommunalsteuern ausüben. Dies entspricht der ausgleichenden Gerechtigkeit und empfehle er deshalb die unveränderte Annahme der Kommissionsvorschläge.

Abg. Meibed (nl.) empfiehlt die Annahme des Antrages Enneccerus, indem er der Ansicht ist, daß die Vorschläge der Kommission geeignet seien, die großen Vermögen aus dem Lande zu treiben.

Abg. v. Hüne (Ztr.) tritt gleichfalls für die Annahme der Kommissionsvorschläge ein. Es handelt sich bei der Vorlage, das müsse immer wiederholt werden, darum, das Einkommen und die Vermögen so zu treffen, wie es getroffen werden muß. Durch die Vorschläge der Kommission soll lediglich das getroffen werden, was zur Kapitalbildung verwendet wird. Diese müßte allerdings unterstützt werden, aber es finde bei uns vielfach eine ungesunde Kapitalbildung statt, auf welche nicht Rücksicht genommen werden könne. Eine Erhöhung sei nur bei den großen Vermögen, sonst überall Herabminderung der Sätze vorgeschlagen. Man darf auch nicht davor zurückschrecken, daß das Gesetz eine Mehreinnahme bringen werde, denn dadurch erleichtere man den Fortgang der Steuerreform dahin, daß eine stärkere Belastung der starken und Entlastung der schwachen Schichten eintrete. Da er gegen alle Anträge stimme, die dies verhindern würden, so müsse er sich auf den Voten der Kommissionsvorschläge stellen.

Abg. Frigen-Vorlen (Ztr.) bezeichnet die von der Kommission vorgeschlagene Progression bei den höheren Einkommen bis zu 4 Prozent für höchst bedenklich und würde deshalb am liebsten für die Regierungsvorlage gestimmt haben, die nur bis 3 Prozent gehe. Ueber diese 3 Prozent sei noch kein anderer Staat, in welchem die Deklarationspflicht bestehe, hinausgegangen. Eventuell stimme er den Kommissionsvorschlägen zu.

Abg. Dr. Sattler (natl.): Der Kommission sei namentlich aus Herz gelegt worden, die kleineren Einkommen zu entlasten und die Kommission habe diesem Verlangen, dem auch der Finanzminister zugestimmt, Rechnung getragen. Er empfehle auch die Annahme der Anträge Enneccerus und Hygen, welcher letztere bei den höheren Einkommen nicht über 3 Proz. hinaus will. Beide Anträge weichen von den Kommissionsvorschlägen nicht ab. Entschieden aber erkläre er sich gegen die Anträge Richter und Richter schon aus dem Grunde, weil dadurch die Kommunalbesteuerung sich außerordentlich viel ungünstiger stellen würde. Wenn er dem Antrag Hygen zustimme, so gestehe dies aus praktischen Gründen. Durch eine Verringerung des hohen Einkommens bis zu 4 Proz. würden die progressionalen Kommunalzuschläge so hohe werden, daß eine Auswanderung der Wohlhabenden, namentlich aus den Industriefabriken nach einzelnen Städten mit niedrigen Kommunalsteuern eintreten würde. Die 4 Proz. der Kommission passen nicht in das Gesetz und erschweren die Durchführung desselben.

Abg. Richter (freis.): Die Kommission habe in Bezug auf die Entlastung der mittleren Einkommen fast gar keine Erleichterung geschaffen; alle die dahin gerichteten Versprechungen seien einfach vergessen worden. Die Kommunen können mit dem von der Kommission vorgeschlagenen Tarif absolut nicht zurecht kommen, der Tarif sei namentlich für Kommunen, die mehr als 100 Proz. Zuschlag erheben müssen, einfach unannehmbar und die Regierung wurde gezwungen sein, ihre Abhilfe zu schaffen. Die Thronrede habe angeführt, daß der preussische Staat seine Steuern gebrauche; die Vorlage bringe etwa eine Mehreinnahme von 15 Millionen und frage er

den Herrn Finanzminister, was er mit diesen 15 Millionen wolle. Geantwortet werde stets: gründliche Steuerreform, gerechtere Veranlagung. Ja, wenn man nur wüßte, was für eine Reform das wäre. Das Haus habe ein Recht darauf, zu erfahren, was die Regierung beabsichtige. Gründliche Steuerreform, ausgleichende Gerechtigkeit, solche Angaben enthalten kein Programm. Es sei Pflicht der Regierung, ihre Pläne zu entwickeln in dem Augenblicke, wo sie vom Hause das Geld verlange. Es handle sich hier um ganz dunkle Pläne, für welche ein konstitutioneller Abgeordneter kein Geld bewilligt. Aus diesen Gründen empfehle sich sein Antrag, der dem mittleren Einkommen die verheißene Erleichterung bringen soll.

Abg. Enneccerus (natl.) empfiehlt seinen Antrag zur Annahme, der den Sprung von dem mittleren zu dem höheren Einkommen ausgleiche.

Abg. Peters-Riel (natl.) empfiehlt die Kommissionsvorschläge mit dem Antrage Enneccerus, welche alle begründeten Bedenken gegen die Kommissionsvorschläge beseitige.

Abg. Richter (freis.): Die Entlastung des Grundbesitzes stellt man schon seit 1879 fortgesetzt in Aussicht. Die Grund- und Gebäudesteuer beträgt 72 Millionen, was soll bei deren Aufhebung die Kasse von 15 Millionen. Wie denkt sich der Finanzminister diese Aufhebung? Bis jetzt hat er sich völlig ausgleichend; es liegt kein Grund vor, die mittleren Einkommen nicht zu entlasten.

Minister Dr. Miquel: In den Motiven der Vorlage ist gesagt, daß in Höhe der Mehreinnahmen Erlasse der Grund- und Gebäudesteuer stattfinden sollen. Nennt man das „sich ausgleichen“? (Sehr richtig!) Herr Richter will über die Verwendung der Mehreinnahmen geistliche Bestimmungen treffen; gleichzeitig protestiert er aber gegen den Versuch der Schulkommission, von dem Mehretrage etwas für Schulzwecke zu verwenden. Mögen die Herren, die zur Förderung der Steuerreform bereit sind, sich durch diese Fragen nicht beirren lassen.

Abg. Dr. Gneist (natl.) befürwortet den Antrag Hygen. Man dürfe die volkswirtschaftlichen Gründe nicht über die rechtlichen Gründe stellen. Die Kapitalisten und selbst die Millionäre seien doch auch Menschen (Heiterkeit) und man darf auch ihnen gegenüber die Gleichheit aller vor dem Gesetz nicht verlegen.

Die Debatte wird hierauf geschlossen.

Bei der Abstimmung wird unter Ablehnung aller Änderungsanträge die Kommissionsvorschläge gegen die Stimmen der Freisinnigen und einiger Mitglieder des Zentrums und der Nationalliberalen unverändert angenommen.

Ein neuer § 17a beantragt der Abg. Parizius (freis.) einzufügen, welcher besondere Bestimmungen zu Gunsten der Genossenschaften enthält, indem von dem steuerpflichtigen Einkommen noch gewisse Beträge abgerechnet werden sollen.

Der Antrag wird jedoch von dem Antragsteller wieder zurückgezogen, nachdem General-Steuerdirektor Burghart denselben für unannehmbar erklärt hatte.

Zu § 18 der Vorlage, welcher bestimmt, daß beim Vorhandensein von Kindern unter 14 Jahren für jedes derselben 50 Mark von dem Einkommen des Familienoberhauptes abgerechnet werden sollen, wenn dies Einkommen nur bis 3000 Mark beträgt, hat der Abg. Schmieding (natl.) beantragt, eine ähnliche Ermäßigung auch für Einkommen von 3-6000 Mark eintreten zu lassen.

Ein Antrag im gleichen Sinne hat der Abg. Richter (freis.) gestellt.

Beide Anträge werden abgelehnt. § 18 unverändert genehmigt, ebenso § 19 der Vorlage, welcher ebenfalls Fälle betrifft, in denen die Ermäßigung der Steuerläge zulässig ist.

Hierauf verlegt sich das Haus.

Nächste Sitzung: Mittwoch 11 Uhr.

Tagesordnung: Fortsetzung der heutigen Beratung.

Schluß 3 1/2 Uhr.

Deutschland.

C. Berlin, 17. Februar. In der Presse und in parlamentarischen Kreisen wird mitunter die Auffassung vertreten, daß die jetzige Landtagssession zu oder bald nach Pfingsten werde geschlossen werden können, indem man sich mit der Durchberatung der Steuererlasse und der Landgemeinverordnungen begnüge und auf den Rest, namentlich des Volkschulgesetzes, verzichte. Soweit man dabei von der Annahme ausgehen sollte, daß die Staatsregierung diese Auffassung theilt, befindet man sich im Irrthum. Es besteht nach wie vor die feste Absicht, sämtliche Reformgesetze einschließlich des Volkschulgesetzes in der laufenden Session zum Abschluß zu bringen. Insbesondere hat auch Se. Majestät der Kaiser sich noch in jüngster Zeit mit vollster Bestimmtheit in diesem Sinne ausgesprochen. Die Länge der Session wird daher wesentlich davon abhängen, in welchem Tempo die Landesvertretung die ihr gestellten Aufgaben zu bewältigen vermag. Sollte der Gang der Verhandlungen über das Einkommensteuergesetz dafür vortheilhaft sein, so darf daher auf eine sehr lange Session mit Bestimmtheit gerechnet werden.

Se. Majestät der Kaiser hörte heute in auswärtigen Ante einen kurzen Vortrag des Staatssekretärs Freiherrn v. Marschall und später im Schloße den kommandierenden Admiral Freiherrn v. d. Goltz und des Staatssekretärs des Reichsmarine-Amtes Hollmann, sowie des Chefs des Ingenieur-Korps und der Festungen General-Lieutenant von Goltz.

Die Emancipationsbestrebungen der Frauen, wie sie in den Petitionen an die Parlamente zum Ausdruck kommen, nehmen einen immer weiteren Umfang an. Nachdem vor einiger Zeit der Reichstag um die Zulassung der Frau zum Studium der Medizin und das preussische Abgeordnetenhaus um eine solche zum pharmazeutischen Studium ersucht worden waren, liegt jetzt dem letzteren eine Eingabe vor, in welcher die Errichtung eines Mädchengymnasiums oder die Zulassung des weiblichen Geschlechts zur Ablegung des an den bestehenden Gymnasien eingeführten Maturitätszeugnisses in Antrag gebracht wird.

Noch ehe die neue Prozentige Anleihe für das Reich und Preußen zur Zeichnung gelangt, giebt sich im deutschen Publikum ein leb-

haftes Interesse für dieselbe kund. Alle Anzeichen sprechen dafür, daß der Erfolg der Anleihe ein großer sein wird und der Typus Prozentiger Konfols sich damit dauernd in den betheiligten Kreisen etablieren wird. Allerdings mag der vergleichsweise niedrige Emissionskurs das Geringe zu dieser günstigen Entwicklung beitragen. Wenn für den hinter dem Kurse z. B. der französischen Rente zurückbleibenden Emissionskurs als Grund die vergleichsweise geringere Kapitalkraft Deutschlands ins Feld geführt wird, so mag die Richtigkeit dieser Annahme dahin gestellt bleiben. So viel ist aber sicher, daß die politische Bedeutung und die politische Machtstellung Deutschlands ein solches Minus Frankreich gegenüber mehr als ausgleichen. Man sagt der Börse im Allgemeinen und der Berliner Börse im Besonderen eine große Feindseligkeit in politischen Dingen nach. Ist dem aber so, und das öffentliche Urtheil folgt hierin einem sehr zuverlässigen Maßstabe, so bildet das feindselige Vorzeichen und der mit ihnen zusammenhängenden Kreise des Publikums den neuen Anleihen bezeugte Entgegenkommen gewiß die beweiskräftigste Widerlegung der von gewissen Presseorganen geistlich geübten abscheulichen Kritik der neuesten im Reich und Preußen besetzten Anleihegrundzüge, wie auch einer nicht minder beweiskräftige Widerlegung jener neuerdings immer wieder betonten erheblichen Unsicherheit der politischen Lage und der daraus gescheiterten Schmälerung des politischen Ansehens Deutschlands.

Das preussische Handelsministerium hat in einem Schreiben an die wirtschaftlichen Korporationen, Handelskammern u. s. w. auf die ministerielle Bestimmung aufmerksam gemacht, daß die Ausstellung der Lizenzzeugnisse für nach Italien bestimmte Waaren nicht durch Gemeindebehörden, sondern durch die Ortsbehörden fortan zu erfolgen hat.

Wie bereits gemeldet, fand am Sonntag eine Sitzung des Staatsministeriums statt. Ver-

wunderlicherweise will das Hochblatt „Konfession“ über die Verhandlung unterrichtet sein. Dasselbe schreibt:

„Es wurde beschlossen, von jedem Vorgehen betreffend der auf den Fürsten Bismarck zurückgeführten Pressehefte abzugehen, dagegen jede von dieser Seite kommende Veröffentlichung sofort auf ihren wahren Werth zu prüfen und durch den „Reichsanzeiger“ richtig stellen zu lassen. Hierin ist auch der Grund dafür zu finden, daß der „Reichsanzeiger“ in seiner Ausgabe vom Montag bereits die Richtigstellung der über San-

sitär fälschlich verbreiteten Nachrichten bringt.“

Mittwoch, 17. Februar. Wie verlautet, wird eins der Schiffe des in Hongkong eingetroffenen Kreuzergeschwaders nach Chile dirigiert werden.

Königsberg, 17. Februar. (W. T. B.) In der gestrigen Sitzung des Vereins für wissenschaftliche Heimathkunde berichtete der Direktor des städtischen Krankenhauses, Professor Dr. Medsche, über 18 mit Koch'scher Symphyse behaftete Tuberkulose. Drei derselben, welche an schwerer Lungentuberkulose erkrankt waren, starben, zwei sind als geheilt zu betrachten, bei den übrigen sind Besserungen eingetreten. Professor Dr. Schneider berichtete über 40 Kranke der äußeren Abtheilung des städtischen Krankenhauses, von denen drei an Lupus Erkrankte geheilt wurden. Die diagnostische Bedeutung des Koch'schen Mittels steht diesem Redner außer jeder Frage. Nach Mittheilung des Oberstabsarztes Dr. Bobrit wurden in dem Krankenhaus „Barmbergstrasse“ von 50 Patienten 4 Ungeheuer geheilt, bei 9 Patienten ist erhebliche Besserung eingetreten, in 7 der schwersten Fälle dagegen eine Verschlechterung. Im Allgemeinen sei der Erfolg günstig. Dr. Hofmann hat 26 Patienten nach der Koch'schen Methode behandelt, von denselben sind 4 gestorben, das Uebigen der übrigen hat sich gebessert.

Oesterreich-Ungarn.

Buda, 17. Februar. (W. T. B.) Das österreichisch-ungarische Uebungsgeschwader, bestehend aus den Schiffen „Radeky“, „Freundsberg“, „Friedrich“, „Albatros“ und „Nautilus“, ist zum Empfang des am 19. Februar hierseits erwarteten deutschen Geschwaders eingetroffen.

Belgien.

Brüssel, 17. Februar. (W. T. B.) In den letzten Tagen haben in belgischen Industrie- und Arbeiterzentren zahlreiche Arbeiter-Veranstaltungen stattgefunden mit der Absicht, einen allgemeinen Streik zu organisieren, im Falle die Kammern die Revision der Verfassung verweigern sollten. Aus den Verhandlungen ergibt sich, daß die Arbeiter entschlossen sind, in den Streik einzutreten und einen Streikloos gegribet haben.

Der internationale Sozialisten-Kongress wird am 18. August d. J. hier zusammenzutreten und seine Sitzungen über acht Tage erstrecken. Der Generalrat der belgischen Arbeiterpartei macht bekannt, daß er in einigen Tagen Galabanden in französischer, englischer und deutscher Sprache erlassen werde. Alle Länder Europas, sowie die Vereinigten Staaten werden Delegierte zum Kongress schicken.

Frankreich.

Paris, 14. Februar. Bekanntlich hat die Herzogin von Uzes, die ehemalige Freundin Bonapartes, dieser Tage in Rom gewohnt. Ueber ihre Mission wissen römische Blätter verschiedene mehr oder minder glaubwürdige Details zu erzählen, denen — nach dem „XIX. Siecle“ — folgendes entnehmen ist:

„Frau Uzes ist mit einem offiziellen Auftrage des Grafen von Paris in die ewige Stadt gekommen. Sie wollte den Vatikan und die einflussreichen kirchlichen Kreise gegen die republikanische Politik des Kardinals Lavigne zu gewinnen suchen. Es ist richtig, daß die Herzogin einen Chek über 500,000 Francs dem Peterspfennig gewährt hat. Jedoch sollte dies nur eine Vorauszahlung von größeren Aufwendungen sein, wodurch die monarchistische Partei die Sympathien des Vatikans der Republik abspenstig zu machen gedachte. Denn augenscheinlich haben die Republikaner und der Graf von Paris ihre Rechnung auf das Finanzgenie des heiligen Stuhles gemacht. Aber ihre Pläne waren schon beim Vatikan bekannt, bevor die Herzogin in Rom ankam, und der Papst soll die Kardineale und die hohen Würdenträger ersucht haben, Frau von Uzes nicht zu empfangen. Gleich nach ihrem

Frei nach dem Italienischen
von Ernst von Waldow.

24. Kapitel.
ergeltung.

„Der Abend hat Dich angegriffen, mein Vater“, bemerkte zärtlich der junge Mann, „ich bin

„Geliebter Sohn, wie Du bewegt bist — gut. Der Wille gefasste, Du bist die Freude meines Alters und Stab und Stütze desselben. Also nichts mehr von Almeren — Domenico, tragen Sie dies Portefeuille“, wandte er sich zu dem Diener, „ich werde es selbst in Verwahrung nehmen und Dir, lieber Raimondo, erst unmittelbar vor meiner Abreise übergeben; dann

Es bedarf wohl nicht erst der Versicherung, daß der Mann, welcher die Kühnheit gehabt, sich durch eine Reihe unerhörter Verbrechen in den Fürstenpalast einzuführen, um daselbst die Rolle des Gelehrten zu spielen, gelähmte Nerven und eine Willenskraft besaß. Auch mußte er in seiner Lage stets darauf gefaßt sein, entdeckt und festgenommen zu werden, weshalb er voran sehen konnte, was in solchem Falle zu thun wäre, um die Flucht zu ergreifen und sich zu retten.

Nichtbedenkenwerter war Carlo Lamberti jetzt, wo er seinen Namen nennen hörte, wie gelähmt. Wenn die Trompeten des jüngsten Gerichtes ihn gerufen, auf daß er Redenschäufel gebe, er hätte dasselbe Entsetzen empfunden.

Sein Körper wurde von einem Hiebfrost geschüttelt, die Wäste der Enfmuth und eines erben Stahles, welche der Betrüger mit so großer Virtuosität getragen fal im Nu von seinem Antlit, das von den wildesten Leidenschaften gewühlt war b.

Er vergaß, daß er so lange den schwachen, hilflosen Greis gespielt und richiee nachstramm in die Höhe, eine drohende Haltung annehmend und seine volle Kraft zusammenfassend.

Paolino, denn er war der späte Besucher, maß seinen Gekner mit einem Blide der Verachtung und sagte ruhig:

„De — Du würdest mich sicherlich umbringen, wenn Du nur konntest, aber zu Deinem Unglück sind wir nicht allein und nicht in der Umgegend von Trient, auch bin ich kein kränklicher, vertrauender Mann, wie der arme Fürst Raffaele. Ich wiederhole es Dir, Carlo Lambert, die Stunde des Gerichts ist gekommen — bereite Dich zum Tode!“

Der falsche Prinz hatte indessen Zeit gefunden, sich zu fassen, er brach in ein spöttisches Lachen aus und sprach, zu Domenico gewendet:

„Rufen Sie die übrigen Diener herbei, und we n jener Narr dort nicht unzulässig den Palast verläßt, dann setzen Sie ihn mit Gewalt vor die Thür!“

Der Kammerdiener, welcher das Käfchen mit dem Marquini-Portefeulle jetzt mit beiden Händen krampfhaft feibte, lächelte felsam, aber er erwiderte nichts auf die Worte seines Herrn, noch verneigte er sich mit der gewohnten Ehrerbietung; im Gegentheil, er wendete dem Herrn Küssen den Rücken und blickte nach Paolino hinüber, als erwarte er Vergeltungsregeln von dem Oberhaupt der Camorra.

In der That sollte er sich auch nicht getrübt haben, denn Paolino sprach mit kaltem Hohn:

„Domenico, rufe unsere Freunde herbei und binde mit deren Hilfe diesen eblen Küssen. So seht, daß er keine Bewegung machen kann.“

„Sogleich, Padrone!“ versetzte in unterwürfigem Tone der Kammerdiener, eine schmale Tapetenthür öffnend, die auf einen Korridor führte.

Vier Diener in schwarzem Frack mit weißer Halbinde traten in den Saal, es waren große, kräftige Gestalten; sie reichten sich um Paolino.

Jetzt begriff Carlo Lamberti, daß er verrathen, daß er betrogen sei. Zählentausend erinnerte er sich daran, daß er jetzt auf diesen Domenico nicht den mindesten Verdacht geworfen und ihn stets für einen etwas beschränkten, aber gutmüthigen Menschen gehalten hatte, und nun ent-nupte sich auch dieser als ein Agent der Camorra.

Seine Blicke suchten den ihm aufgedrängten Sohn — inständigst fühlte er, daß dieser, ein Verworfener gleich ihm, zu ihm gestanden haben würde — in dem Kampfe, der sich ihm vorbereitete; aber Filippo Bonaventura hatte mit größerer Geistesgegenwart sein Weil in der Nacht gesucht, Fürstenthum und Braut im Stiche lassend. Mit erstickter Stimme fragte er: „Dorf man wissen, mein Herr, wann diese Fosse enden wird?“

(Fortsetzung folgt.)

(Fortsetzung folgt.)

wollen ihre Adresse unter S. III. an die Expedition der „Anklamer Nachrichten“ in Anklam senden.

